Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstrasse 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Mk-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 210. Mittwoch den 29. Juli 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Schlosserarbeiten zum Bau des Eckgebäudes neben der Markthalle sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher ihres Angebotes hiermit entlassen.

Leipzig, am 25. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Lindner.

Ia. 3436.

Der unterzeichnete Gemeinderath sieht sich gedrungen, Herrn Dr. med. C. Müller in Leipzig-Reudnitz bei seinem Scheiden für sein treues und segensreiches Wirken als Arzt und Geburtshelfer im hiesigen Orte den tiefgefühltesten Dank nachzurufen.

Ihre unermüdliche Thätigkeit während der 1889 bis 1890 hier herrschenden Typhus-Epidemie, Ihre jederzeit an den Tag gelegte Liebe und Opferwilligkeit den Armen gegenüber wird im hiesigen Orte unvergeßlich bleiben.

Möge Ihnen in Ihrem neuen Wirkungskreise reichlich vergolten werden, was Sie um Lauter sich verdient gemacht haben.

Lauter, den 26. Juli 1891.

Der Gemeinderath.
Zimmermann, Gem.-Vorst.

Die Zukunft Konstantinopels.

Es gehörte bisher zu den unbestrittenen Thatsachen, daß Rußland die Absicht hegt, im gegebenen Augenblick die europäische Türkei und damit Konstantinopel in Besitz zu nehmen. Daß diese Absicht schon im Jahre 1878 der Ausführung sehr nahe war, beweist der Verlauf des letzten russisch-türkischen Krieges. Sie ist nur vereitelt worden, weil sich die Widerstandskraft der Türkei stärker erwies, als Rußland geglaubt hatte und weil die Lage während des Krieges mehr und mehr einen europäischen Charakter angenommen hatte, der im Berliner Friedenscongreß zum Ausdruck gelangte. Rußland hatte seine Macht damals überschätzt und deshalb nahm der Krieg einen anderen Ausgang, als Rußland gewünscht und erwartet hatte. Seitdem sind die militairischen Machtmittel Rußlands sehr bedeutend erhöht worden, aber diese Veränderung ist nicht auf Rußland beschränkt geblieben, alle Militairstaaten Europas haben ihre Streitkräfte vermehrt und ihre militairische Organisation verbessert, so daß die Anstrengungen Rußlands ihr Gegengewicht finden. Unter diesen Umständen würde es natürlich und der Sachlage entsprechend sein, wenn die russische Presse über diesen Punct Schweigen beobachtete und das Weitere der Zukunft überließe. Der Besuch einer französischen Flottenabtheilung in den russischen Gewässern hat aber den Bruch des Schweigens zur Folge gehabt, der Brüsseler „Nord" hat plötzlich den Muth gefunden, die Zukunft Konstantinopels rückhaltslos zu besprechen. Der „Nord" giebt zu bedenken, daß, ganz abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten und Wechselfällen, welche die Eroberung Konstantinopels zu überwinden hätte, die ungeheure Last des modernen Byzanz, welche ein Seitenstück zu St. Petersburg am anderen Ende Rußlands bilden würde, die Gefahr brächte, Rußland in zwei Hälfte zu theilen gleich einem an seinen Endpuncten zu stark belasteten Brett.

Gleichnisse hinken nach einem altrömischen Sprichworte bekanntlich immer, aber diese Eigenschaft hat das vorliegende mehr, als gewöhnlich der Fall zu sein pflegt. Schon ein Blick auf die Karte zeigt klar, daß St. Petersburg nur so lange die Hauptstadt Rußlands bleiben kann, als der Schwerpunct der russischen Macht in Europa liegt, je weiter sich der russische Machtbereich nach Asien ausdehnt, desto dringender wird das Bedürfniß, den Mittelpunct des Reiches weiter nach Osten zu rücken. Als Peter der Große St. Petersburg gründete, hatte er wohl schon seine Blicke nach Konstantinopel gerichtet, aber die ungeheure Ausdehnung des russischen Reiches, welche sich seitdem vollzogen hat, konnte er nicht voraussehen. Ueberhaupt hat jedes geschichtliche Ereigniß seine natürliche Wirkungsgrenze in den nachfolgenden Ereignissen, welche die Bedingungen des staatlichen Lebens verändern. Die Eroberungen Rußlands in Asien, welche das Gebiet des Reiches bis nach China und Indien ausgedehnt haben, sind die Grundlagen eines neuen Zustandes, dessen Entwickelung die Verlegung des Reichs-Mittelpunctes nach einem weiter östlich gelegenen Orte früher oder später mit Nothwendigkeit nach sich zieht. Das heutige Rußland ist in der Hauptsache ein geographischer und politischer Begriff, dessen Erklärung der Zukunft vorbehalten bleibt. Sibirien, Kaukasien, Transkaspien, Buchara, Turkestan, die Turkmenen-Steppen und Nordafghanistan bilden ein so ungeheures Besitzthum an civilisationsbedürftigem Land, daß Rußland alle Kräfte vollauf anstrengen muß, die ihm zu Gebote stehen, um dieser Aufgabe zu genügen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß vielversprechende Anfänge vorliegen, welche der Erreichung des Zweckes vorarbeiten, wie die Transkaspische Bahn und die Pläne für eine Sibirische Bahn, aber was zu thun übrig bleibt, ist so bedeutend, daß Rußland, wenn es die Erfüllung seiner Aufgabe in Asien mit Ernst betreibt, keine Kraft für einen europäischen Krieg übrig hat. Der „Nord" scheint das Verständniß der Lage zu besitzen, wenn er schreibt, daß Rußlands ganze Aufmerksamkeit sich jetzt nach Transsibirien und nach jenem nördlichen Gegenden lenke, die das Eismeer und der Stille Ocean bespült. Der „Nord" läßt aber trotzdem eine Lücke, durch welche der Eroberungstrieb Rußlands einen Ausgang finden kann, indem er hinzufügt, daß in einem solchen Augenblick, der so schwere Aufgaben zur Erledigung vorlege, das St. Petersburger Cabinet das Auge zu keinem anderen Zweck nach Süden richten werde, als nur Bürgschaften und Sicherheiten zu schaffen, deren Rußland dort ebenso bedürfe, wie alle anderen Nationen. Das heißt mit anderen Worten, daß Rußland die orientalische Frage mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt und sich nichts entgehen läßt, was zur Verwirklichung seiner Absichten auf den Besitz Konstantinopels dienen könnte. Die Worte: „Bürgschaften, Sicherheiten" finden ihre Erklärung durch die Politik, welche Rußland Bulgarien gegenüber verfolgt und die auch in Rumänien und Serbien deutlich zu Tage treten.

Es ist sehr erfreulich und als das Ergebniß derjenigen Politik zu erachten, welche den Dreibund geschaffen und erhalten hat, daß russische Organe, deren Zusammenhang mit der maßgebenden Stelle unzweifelhaft ist, wie der „Nord" die Zeitlage für geeignet ansehen, um der Meinung entgegen zu treten, welche die Besitzergreifung Konstantinopels durch Rußland als eine früher oder später zu erwartende Thatsache betrachtet. Diese Meinung wird durch die Aeußerungen des „Nord" nicht entkräftet, es ist daraus nur zu entnehmen, daß Rußland gern den Schein erregen möchte, als hätte diese Macht ihre Eroberungspläne gegen Konstantinopel aufgegeben. Es zeigt sich darin ein schüchterner Anfang der Erkenntniß, daß es doch eigentlich ein ruchloses Beginnen ist für eine Macht von der Bedeutung Rußlands, den europäischen Frieden durch bloße Ländergier zu gefährden. Von französischer Seite ist bereits die Auslieferung Konstantinopels an Rußland als Preis der Bundesgenossenschaft des russischen Reichs für einen Krieg zur Veränderung der Karte Europas, welche Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgewährt, nebst anderen Erwerbungen zugestanden. Diese Forderung Rußlands schwebt also keineswegs so in der Luft, wie es der Artikel des „Nord" voraussetzt. Europa ist vielmehr an den Gedanken der Vereinigung Konstantinopels mit Rußland seit langer Zeit so gewöhnt, daß er als politischer Glaubenssatz überall anerkannt ist. Wenn es möglich wäre, diesen Satz als ein Phantasiegebilde zu erweisen, als eine nichtswürdige Verdächtigung der Absichten Rußlands, so wäre das eine Aenderung der europäischen Lage, welche überall mit der größten Genugthuung begrüßt zu werden verdient. Aber es fehlt leider an Beweisen für die Richtigkeit der Mittheilungen des „Nord", die ganze vorangegangene Entwickelung und die Anzeichen der zukünftigen widersprechen dem. Wir müssen nach wie vor mit der sicheren Voraussicht rechnen, daß Rußland seine Absicht auf die Erwerbung Konstantinopels nicht aufgegeben hat, sondern daß diese Erwerbung vielmehr die Grundlage bildet, auf welcher sich die Weltherrschaft Rußlands in Zukunft aufbauen wird. Wir müssen uns damit trösten, daß schon manche große Zukunftspläne, und wenn sie noch so sorgfältig vorbereitet waren, an den Hindernissen ihre Grenze gefunden haben. Die Weltgeschichte ist kein Vorgang, der sich in seiner Entwickelung und in seinem Verlaufe mit mathematischer Gewißheit voraus berechnen ließe. Es sind schon große Reiche zusammengebrochen, die für die Ewigkeit bestimmt zu sein schienen. *

Leipzig, 29. Juli.

* Im Reichsamt des Innern finden augenblicklich die Schlußberathungen über das Trunksuchtsgesetz statt, und es wird angenommen, daß dasselbe im Entwurfe, wie er der Oeffentlichkeit übergeben werden soll, in der ersten Augustwoche fertiggestellt sein wird.

* Die Landesvertheidigungs-Commission soll sich in ihrer letzten Sitzung vor der Reise des Kaisers nicht nur mit der Helgoländer Befestigungsfrage, sondern auch mit den geplanten neuen Eisenbahnbauten für strategische Zwecke beschäftigt haben. In letzterer Beziehung wurden jedoch endgiltige Beschlüsse noch nicht gefaßt, sondern weiteren, im September oder October stattfindenden Verhandlungen vorbehalten.

* Der preußische Minister des Innern, Herrfurth, welcher bereits einige Provinzen in Sachen der Landgemeinde-Ordnung bereist hat, wird in diesen Tagen Berlin wieder verlassen, um sich in einige von ihm bisher in dieser Angelegenheit nicht besuchte Provinzen, wo die Landgemeinde-Ordnung mit dem 1. April n. J. in Kraft tritt, zu begeben. Anfang nächsten Monats wird Herr Herrfurth alsdann einen mehrwöchigen Urlaub antreten, um, wie verlautet, zunächst nach Karlsbad zu reisen.

* Die „Schlesische Zeitung" schreibt: Durch einen Artikel der „Kreuzzeitung" ist das Thema der Betheiligung des Adels am preußischen Justizdienste angeregt worden. Die Thatsache steht fest, daß der Adel sich mehr und mehr aus dem Justizdienste zurückzieht und daß die Söhne adliger und überhaupt vornehmer Geschlechter im Allgemeinen dem Verwaltungsdienste weitaus den Vorzug geben. Wie diese Thatsache zu erklären ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Von freisinniger Seite möchte man Alles auf das „Streberthum" des jungen Nachwuchses schieben, von conservativer Seite wird gelegentlich auf den unerwünscht hohen Antheil jüdischer Collegen im Justizdienste verwiesen. In Wahrheit wirken offenbar diese und andere Ursachen zusammen. Der frühere Justizminister v. Friedberg suchte vergeblich der Abneigung junger Gerichtsassessoren aus alten angesessenen Familien, aus hohen Beamtenkreisen und städtischen Patriciergeschlechtern gegen das Verbleiben im Justizdienste entgegenzuwirken. Er hat gelegentlich seinen persönlichen Einfluß bei Herrenhausmitgliedern eingesetzt, damit sie ihre Söhne bestimmten, in der Richterlaufbahn oder bei der Staatsanwaltschaft zu bleiben, indem er dabei auch auf die von ihm befolgte Praxis verwies, bei der Stellenbesetzung in Orten mit mehreren Richtern das jüdische Element nicht überwiegen zu lassen. Indessen ist, wie statistisch nachgewiesen worden, die Betheiligung des Landadels am Justizdienste trotzdem von Jahr zu Jahr zurückgegangen.

* Der bereits erwähnte, vom Herrn Baare als Verleumdung bezeichnete Artikel der „Westfälischen Volkszeitung" besagt im Wesentlichen:

„Die Zollgesetzgebung gestattet die Errichtung sogen. zollfreier Eisenlager auf den deutschen Stahlwerken. Diese Einrichtung hat den Zweck, eingeführtes englisches Roheisen, aus welchem zur Ausfuhr bestimmtes Eisenmaterial hergestellt werden soll, unter Zollverschluß zu halten, bis dasselbe unter Aufsicht von Zollbeamten in Stahl umgewandelt und zu Eisenbahnmaterial für das Ausland verarbeitet wird. Für dieses Eisenbahnmaterial wird nach der Ausfuhr der entrichtete Eisenzoll im Betrage von 15 Mark für die Tonne zurückvergütet. Nun ist aber das englische Roheisen nicht allein zur Anfertigung von Schienen und sonstigem Eisenbahnmaterial verwendbar. Dasselbe wird insbesondere zur Anfertigung von Werkzeugstahl den meisten Eisensorten deutschen Ursprungs entschieden vorgezogen. Man operirte nun in der Weise, daß man statt der von den Zollbeamten herausgegebenen Eisenblöcke englischen Ursprungs deutsches Eisen zur Anfertigung des für das Ausland bestimmten Eisenbahnmaterials verwandte, sich hierfür den Eisenzoll zurückvergüten ließ, während man das englische Roheisen zu Werkzeugstahl verarbeitete. Der zur Zeit auf einer Erholungsreise abwesende Chefredacteur Fusangel bevollmächtigt uns zu der öffentlichen Erklärung, er wolle beweisen, daß 1) die Werksbeamten des Herrn Baare die oben geschilderten Eisenzollhinterziehungen in großem Maßstabe betrieben haben, und daß 2) diese Machenschaften Herrn Baare nicht unbekannt geblieben sind."

* Die Aerzte des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, der sich augenblicklich in Geldersande aufhält, veröffentlichen über den Gesundheitszustand desselben nachstehenden Bericht vom 23. d. M.:

Als der Großherzog in den letzten Tagen des Mai Cannes verließ, um nach langen, schweren Nervenleiden die Heimreise anzutreten, war der Gesundheitszustand des hohen Herrn ein nach jeder Richtung hin durchaus befriedigender. Der allgemeine Ernährungs- und Kräftezustand hatte sich in den letzten Monaten auf das Günstigste gehoben. Die Neuralgien waren bis auf geringe Reste verschwunden. Die Genesung konnte als eine nahezu vollständige betrachtet werden. Da trat auf der Rückreise eine Mandel-Entzündung auf, welche eine Unterbrechung der Reise in Genua nöthig machte, jedoch durchaus günstig verlief, das Fieber hielt nur einen Tag an. Nachdem die örtlichen Entzündungserscheinungen unter entsprechender Behandlung zurückgegangen waren, wurde am 10. Juni die Weiterreise auf dem Lloyddampfer „Preußen" angetreten. An Bord entwickelte sich eine neue Mandelentzündung. Es zeigten sich Belege auf beiden Tonsillen, vorzugsweise der rechten, unter geringen schnell vorübergehenden Fiebererscheinungen, aber mit starken, Schlingbeschwerden verbunden. Der Allgemeinzustand verschlechterte sich schnell derartig, daß am 17. Juni die Landung in Southampton und die Ueberführung nach Ryde nothwendig wurde. Der zur Consultation aus Berlin berufene Geheime Medicinalrath Professor Dr. Gerhardt erklärte die Entscheidung, ob die noch vorhandenen geringen Reste der örtlichen Entzündung diphtheritischer Natur seien oder nicht, für unmöglich, wie häufig in solchen Fällen, rieth jedoch, die Behandlung weiter so fortzuführen, wie wenn die echte Diphtheritis unzweifelhaft festgestellt sei. Der weitere Verlauf der Krankheit hat die letztere Annahme bestätigt. Nach kurzer erträglich guter Reconvalescenz, die nach Ablösung der örtlichen Entzündung eintrat, machten sich vom 24. Juni ab die ersten Erscheinungen einer typischen septodiphtheritischen Lähmung mehr und mehr geltend. Es trat bei fortdauernd gutem Allgemeinbefinden allmälig eine Accommodationslähmung auf, die das Sehen in der Nähe beim Lesen und Schreiben ohne Glas unmöglich machte. Daran schloß sich Lähmung des weichen Gaumens, die das Sprechen erschwerte, mehr aber noch das Schlucken schwierig machte. Beides besteht augenblicklich noch fort. Die Schlundlähmung hat, um gefahrdringendes Verschlucken zu verhüten, die Ernährung durch die Magensonde nöthig gemacht. Dazu hat sich allmälig eine Vertaubung der Fingerspitzen und eine ausgesprochene Schwäche der Beine gesellt, welche letztere die Gehfähigkeit sehr beschränkt hat. Dabei sind die Bewegungen der Extremitäten ausgesprochen ataktisch (acute septodiphtheritische Ataxie). Während die diesen Erscheinungen zu Grunde liegende periphere Polyneuritis augenblicklich noch im Fortschreiten begriffen ist, ist der Allgemeinzustand ein zufriedenstellender. Schlaf, Verdauung, Herzthätigkeit sind nicht gestört. Eine functionelle Störung des Nervensystems hat sich erst einmal wieder geltend gemacht. Bei dem erfahrungsgemäß gutartigen Verlauf derartiger septodiphtheritischer Lähmungen darf unter Fortdauer des guten Allgemeinbefindens bei den überaus günstigen hygienischen Bedingungen, wie sie der Aufenthalt in der reinen, kräftigen Waldluft von Geldersande mit sich bringt, eine völlige Heilung der neuen Erkrankung, die mit dem alten Nervenleiden des Großherzogs in keinerlei Zusammenhang steht, in absehbarer Zeit erwartet werden. Jedoch macht der Zustand des hohen Herrn der Natur der Sache nach noch längere Zeit hindurch völlige Ruhe und äußerste Schonung der Kräfte zur unabweisbaren Pflicht. Dr. Schmidt. geg. Martius. Zürn. Kaiser. Obiges die Großherzogin erkrankte auf der Reise von England nach Geldersande an Influenza und hütet seit dem 21. Juli das Bett. Beunruhigende locale Erscheinungen sind nicht aufgetreten; das Fieber ist jetzt im Abnehmen begriffen; der Allgemeinzustand ist befriedigend. Dr. Schmidt.

In den letzten Tagen soll sich aber der Gesundheitszustand des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin verschlimmert haben.

* Die Münchener Socialdemokraten werden beim internationalen Congreß zu Brüssel auf Anrathen v. Vollmar's, der selbst nicht nach Brüssel geht, nicht durch einen eigenen Delegirten vertreten sein, sondern mit ihrer Vertretung den von den Nürnberger Socialdemokraten als Delegirten gewählten Herrn Grillenberger gleichzeitig betrauen. — Herr Bebel, welcher vor Kurzem erst Herrn v. Vollmar wegen seiner bekannten Rede heftig angegriffen hat, befindet sich, nach dem Vernehmen der „A. Z.", zur Zeit bei Herrn v. Vollmar am Walchensee zu Besuch.

* * *

* Die französische Regierung ist besorgt, daß der Zar es übelnehmen möchte, wenn ihre Flotte auf der Rückkehr auch England anläuft und sie trägt rechtzeitig Fürsorge, die Bedeutung dieses Besuches nach Möglichkeit abzuschwächen. So wird der „Voss. Ztg." aus Paris telegraphirt: „Die französische Regierung, welche fürchtete, daß der Besuch eines englischen Hafens durch das heimkehrende Geschwader den Eindruck des Kronstädter Aufenthalts schwächen könnte, theilte dem russischen Cabinet mit, daß dieser Besuch lediglich auf die dringendste Einladung des englischen Cabinets erfolge, welches einen besondern Wunsch der Königin auszudrücken erklärte." Gegenüber dieser sehr arroganten Haltung des französischen Cabinets nimmt sich die geradezu vor Frankreich schwerfällende englische Presse recht komisch und recht demüthig aus. Der „Daily Telegr." drückt seine Meinung über die Annäherung Frankreichs an Rußland dahin aus, daß sie in ihrem gegenwärtigen Stande, dem Austausch von Gastfreundschaft und Höflichkeiten, bleiben werde. Die „Morningpost" sagt, es dürfe aus dem Umstande, daß der Zar die Gesundheit Carnot's unter den Klängen der Marseillaise ausgebracht habe, nicht im Mindesten gefolgert werden, daß Rußland von seiner bislang beobachteten Politik der Zurückgezogenheit, ja fast der Isolirung nur um ein Haar breit abweichen werde. Der „Standard" verhehlt nicht, daß er gewisse Bedenken habe. In den Ereignissen in Kronstadt erblickt er die Antwort des Zaren auf die Erneuerung des Dreibundes. Rußland habe allerdings nicht ein ausdrückliches Bündniß mit Frankreich geschlossen, aber offenbar sei Alexander III. Willens, solchen Bund im geeigneten Augenblicke einzugehen. Frankreich habe lange die Hand zur Freundschaft ausgestreckt, der Zar habe sie endlich ergriffen. Die französische Flotte könne, wenn sie nach Portsmouth komme, auf herzlichsten Empfang (!) rechnen. Der herzliche Empfang, den der „Standard" der französischen Flotte in Portsmouth bereiten will, und die Haltung der französischen Regierung zeigen John Bull in recht kleinlicher Stellung.

* Wie die „Times" von unterrichteter Seite erfährt, erlangte Baron Hirsch durch seinen Agenten White vom Zaren zwei wichtige Zugeständnisse, nämlich die Abschaffung der kostspieligen Pässe für Auswanderer und die Genehmigung zur Bildung von Auswanderungscomités in ganz Rußland zur Förderung von Auswanderungsplänen in Verbindung mit dem Berliner Centralausschuß, was bislang nur im Geheimen möglich gewesen war. In maßgebenden Kreisen wird geglaubt, wenn erst der fünfte Theil der russischen Juden ausgewandert sei, werde die Wirkung auf Rußland vom Standpuncte des Handels und der Finanzen so nachtheilig sein, daß die russische Regierung im Interesse der Nation selber die Judenverfolgung schleunigst einstellen werde. — Wir erlauben uns hierzu ?? zu setzen.

* Die Conferenz der russischen Missionare, welche soeben in Moskau getagt hat, beschloß eine Erklärung, daß die orthodoxe Kirche nicht im Stande sei, der Verbreitung der Sectirerei Einhalt zu thun; die Mitwirkung der Regierungsbehörden sei deshalb nachzusuchen. Diese merkwürdige Resolution wird stark kritisirt und gleichsam als eine geistige Fallsterklärung betrachtet.

* 27 jüdische Familien, die aus Rußland nach Rumänien gekommen waren, wurden heute bei Burdujeni wieder über die Grenze geschafft.

* In Konstantinopel ist der ehemalige Präfect von Varna, Peter Stantschew, auf Verlangen der bulgarischen Regierung verhaftet worden und zwar, weil derselbe in der Verschwörung, die mit der Ermordung des Finanzministers Beltschew endete, eine bedeutende Rolle gespielt haben soll. Die Regierung soll so schwere Beweise gegen Stantschew in Händen haben, daß die Auslieferung desselben durch die Türkei zweifellos erscheint. Stantschew war sofort nach der Ermordung Beltschew's verhaftet, aber mangels genügender Beweise wieder freigelassen worden.

* Aus Bukarest, 27. Juli, wird berichtet: Das Gesetz, betreffend die Umgestaltung der Infanterie, ist heute in Kraft getreten. Die Durchführung desselben soll bis zum October erfolgen. — Der russische Gesandte Fonton begab sich heute vor Antritt seines Urlaubes zur Abschiedsaudienz beim König nach Sinaia. — An Stelle Beatiano's ist Cantacuzeno (cons.) in den Senat gewählt worden. Die Regierung gewinnt mithin einen Sitz.

Militairisches.

* Berlin, 27. Juli. In cavalleristischen Kreisen wird mit großer Anerkennung eine außerordentliche Reitleistung besprochen, welche unter Führung des Generallieutenants v. Krosigk das Militairreitinstitut in Hannover als Schluß des diesjährigen Stabsofficierscursus vorgestern ausgeführt hat. Die Zahl der Theilnehmer betrug nahezu 130. Die Herren ritten im schlanken Trabe Morgens gegen 4 Uhr zu dem etwa 25 km von Hannover entfernten Rendezvousplatz und bestiegen dort neue Pferde, welche zum bei weit größten Theil Remonteperde der Officier- und Unteroffizierreitschule waren. Auf diesen ritten sie die Schleppjagd und letzten, an der Spitze des Generallieutenant v. Krosigk, der Meute folgend, nicht weniger als 20 000 m über schwieriges Gelände in 40 Minuten zurück, so daß jeder Kilometer in 2 Minuten geritten wurde. Fast sämmtliche Theilnehmer dieses großen und überaus schneidigen Rittes waren beim Hallali, von dort wurde die Strecke nach Hannover, die wiederum etwa fünfundzwanzig Kilometer betrug, auf neuen Pferden zurückgelegt, so daß ein großer Theil der Herren schon gegen 10 Uhr Vormittags in Hannover war. Vor etwa zehn Jahren wurde eine derartige Schleppjagd höchstens über 7000 m geritten, so daß diese Art der Pferde-Ausbildung, wie sie der jetzige Leiter des Reitinstituts geübt hat, den Weg zeigt, um die Leistungsfähigkeit unserer Reiterei auf den Höhepunct zu bringen. Generallieutenant von Krosigk ist übrigens jetzt mit der Führung der zwanzigsten Division an Stelle des Generallieutenants v. Winterfeld, des Generaladjutanten Kaiser Friedrich's, beauftragt worden, welcher dem Generalinspecteur der ersten Armee-Inspection, Generalfeldmarschall Prinzen Albrecht von Preußen, commandirt ist. Mit der Leitung des Militairreitinstituts ist Oberst v. Willich, Commandeur des 2. Garde-Dragoner-Regiments, beauftragt.

Marine.

* Der ehemalige Minister-Präsident Henri Brisson hat in seiner Eigenschaft als Referent über das Marine-Budget einen vollständigen Reformplan ausgearbeitet, durch welchen die maritimen Streitkräfte der Republik ohne Erhöhung des gegenwärtigen Etats vermehrt werden sollen. Seine Vorschläge erscheinen in mehr als einem Punkte wichtig und zweckmäßig, aber es ist zweifelhaft, ob dieselben ohne Belastung des Budgets durchgeführt werden können. Nach dem Projecte Brisson's soll zunächst die Küstenvertheidigung durch Anlage von Torpedostationen, welche durch Kreuzer zu sichern wären, wirksamer gestaltet werden. Die Marineleitung und die öffentliche Meinung stimmen diesem Plane zu. Die Torpedoboote, selbst diejenigen, welche für die hohe See bestimmt sind, sind, wie sich erst bei den jüngsten Seemanövern zeigte, für den Fernkampf kaum zu brauchen. Das Leben an Bord dieser Fahrzeuge ist ein sehr beschwerliches. Die Mahlzeiten, der Dienst, die Ruhe, alles vollzieht sich auf denselben höchst mühselig; außerdem können die Boote nicht länger als 24 oder 48 Stunden in See bleiben. Mehr aber eignen sich diese kleinen Schiffe vortrefflich für die Vertheidigung der Küsten und der Flußmündungen. Die Zahl der Torpedoboote ist mehr als hinreichend, um die erwähnten Stationen zu errichten und der Verband der letzteren wird der Marine ermöglichen, alle Wendungen und Krümmungen, alle Durchfahrten und Klippen unserer Küsten von Grund aus kennen zu lernen. Zur Verwirklichung dieses Planes wäre kein hoher Betrag erforderlich, selbst wenn man noch einige Kreuzer aus der Schiffsreserve aufstellte. Aber Herr Brisson will außerdem noch die Errichtung fliegender Geschwader für die hohe See und die Verstärkung der Divisionen des ersten Arsenals durchführen. Die Kosten hierfür veranschlagt der Marineminister auf mehrere Millionen. Im Ganzen wären für die Brisson'schen Reformen 30 Millionen nothwendig. Die Budget-Commission hat gegen den Willen des Marineministers das Project Brisson angenommen.

Colonialpolitisches.

Sclavenhandel in Ostafrika.

* Unter vorstehender Ueberschrift führt die „Militairische Zeitung" Folgendes aus: „Während der Sclavenhandel in Ostafrika die öffentliche Meinung in Deutschland mächtig aufgerüttelt hat und zu seiner Bekämpfung Regierung und Private in regem Wettefer zusammenwirken, sollte man fast glauben, daß dieselbe öffentliche Meinung gegenüber den gleichen Verhältnissen in Westafrika, insbesondere im Kamerungebiet, ihre Augen absichtlich verschließe. Wem die Zustände in Westafrika bekannt sind, der weiß, daß es dort hinsichtlich des Sclavenhandels nicht besser aussieht als in Ostafrika. Zwar ist die Sclavenausfuhr zur See, die in Deutsch-Ostafrika erst durch die Blockade und das Vorgehen Wißmann's in den letzten Jahren unterdrückt wurde, in Westafrika schon seit längerer Zeit aufgehoben. Ebenso wie in Ostafrika blüht aber auch hier der Sclavenverbrauch und Sclavenhandel zu Lande. Wie in der Denkschrift, welche die Firma Jantzen & Thormählen kürzlich dem Reichstage überreichte, hervorgehoben wird, pflegen die Häuptlinge an der Kamerunküste ihren Reichthum fast ausschließlich in Sclaven, besonders auch in weiblichen Sclaven anzulegen. Ganze Dörfer im Küstengebiete sind von Sclaven bevölkert. Noch schlimmer steht es, je weiter man nach dem Innern vorschreitet. In allen großen Reichen des Innern ist der Sclavenraub und Sclavenhandel eine selbstverständliche Einrichtung. Premierlieutenant Morgen, der in den Jahren 1889 bis 1891 das nächste Hinterland der Kamerunküste, sowie das große Gebiet von Adamaua, welches den Kern des Hinterlandes von Kamerun bildet, erforscht hat, schreibt in dem neuesten wissenschaftlichen Beiheft zum amtlichen „Deutschen Colonialblatt" über